ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wie steht die Debatte über den Gemeinsamen Markt? Ein Gespräch zwischen unseren europäischen Mitarbeitern

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1957) : Wie steht die Debatte über den Gemeinsamen Markt? Ein Gespräch zwischen unseren europäischen Mitarbeitern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 7, pp. 363-374

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/132495

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ZEITGESPRÄCH

Wie steht die Debatte über den Gemeinsamen Markt?

Ein Gespräch zwischen unseren europäischen Mitarbeitern

FRANKREICH: Vorbereitung auf den Gemeinsamen Markt

So zögernd Frankreich an den Gemeinsamen Markt heranging, so viel erwartet es jetzt von ihm, überraschenderweise weit mehr als alle seine Partner. Weite Wirtschaftskreise unterschätzen die Bremskraft der Übergangsperiode und glauben, daß sich sofort nach Inkraftsetzung des Vertrages die Verhältnisse grundlegend ändern werden. Man rechnet so mit erheblich größerem europäischem Interesse für die überseeischen Gebiete, mit ausländischen Investitionen in Frankreich, mit fortschreitender zwischenstaatlicher wirtschaftlicher Verflechtung, ohne sich über die zahlreichen noch vorhandenen Schranken im klaren zu sein. Die Enge des deutschen Kapitalmarktes wird von der französischen Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen, noch die zu beobachtende Ausrichtung der deutschen Wirtschaft auf ihren eigenen Produktionsapparat.

Der Meinungsumschwung in Frankreich . . .

Frankreich, das seine Partner während der europäischen Verhandlungen durch seine zahlreichen Sonderbedingungen einer ernsten Nervenprobe unterwarf, erhofft sich nach einem plötzlichen und schwer zu erklärenden Meinungsumschwung vom Gemeinsamen Markt mehr, als es lange Zeit von ihm befürchtete. Seitdem man einer so gut wie vollendeten Tatsache gegenübersteht, befreite man sich fast vollständig und mit erstaunlicher Geschwindigkeit von dem traditionellen Komplex Deutschland gegenüber und gibt immer häufiger der Überzeugung Ausdruck, daß man den Konkurrenzforderungen des Gemeinsamen Marktes durchaus gewachsen sei. Ohne es offen zuzugeben, sind die dynamischen Kräfte der Wirtschaft glücklich darüber, daß der Gemeinsame Markt die zurückgebliebenen Betriebe zur beschleunigten Modernisierung zwingt oder zum Verschwinden verurteilt. Irgendwie setzt sich in Frankreich das sehr gesunde Bedürfnis durch, die Konkurrenz freier spielen zu lassen und nicht mehr verpflichtet zu sein, auf die wirtschaftlich Schwachen Rücksicht zu nehmen. Die Zwangsjacke des Protektionismus ist unvereinbar mit der immer deutlicher zum Ausdruck kommenden neuen Expansionsdynamik, so daß der Gemeinsame Markt im Grunde genommen den teilweise noch unbewußten Bestrebungen der französischen Wirtschaft voll entspricht.

Soweit noch Sorgen vorhanden sind, betreffen sie die Wirtschaftspolitik der eigenen Regierung, weil man befürchtet, daß sie die Konkurrenzbedingungen zu Ungunsten Frankreichs verfälschen könnte. Das Argument der zu hohen Lohn- und Soziallasten gehört der Vergangenheit an, wenn man auch durchaus mit Recht Wert darauf legt, in nächster Zukunft nicht durch weitere Reformen dem europäischen Durchschnitt davonzulaufen.

. . . führt zu aktiver Vorbereitung

Frankreich bereitet sich demnach in überwiegend positivem Sinne auf den Gemeinsamen Markt vor. Seine Wirtschaft hat nicht die Absicht, diese Entwicklung als Schicksal passiv über sich ergehen zu lassen, sondern sie ist gewillt, hieraus den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Dies führt zu gesteigertem Interesse für den deutschen Markt, der sich in Zukunft stärker den französischen Erzeugnissen öffnet. Teilweise erwägt man die Errichtung von Filialbetrieben, weil man annimmt, in Deutschland unter günstigeren Bedingungen produzieren zu können. Andererseits steigert man in Frankreich selbst die Investitionstätigkeit, um möglichst modern und gut gerüstet in den Gemeinsamen Markt einzusteigen. In gleichem Sinne macht die Konzentrationsbewegung der Industrie weitere Fortschritte.

Schließlich besteht in französischen Kreisen lebhaftes Interesse für engere Beziehungen jeder Art mit deutschen Unternehmen, Beteiligungen, Lizenzen, Spezialisierungsverträgen, Verflechtungen usw. Im Gemeinsamen Markt sieht man einen echten Wendepunkt. Er beendet ein langes Kapitel des französischen Protektionismus und soll eine dynamische Entfaltung der Wirtschaftstätigkeit nicht zuletzt zu Gunsten der französischen Industrie und Landwirtschaft gestatten.

Einiges Unbehagen . . .

Selbstverständlich sind die Reaktionen der einzelnen Wirtschaftszweige nicht einheitlich. Die Stahlindustrie läßt unverändert eine sehr negative Einstellung erkennen, obwohl sie sich bereits im Gemeinsamen Markt befindet. Vielleicht befürchtet sie eine gewisse Versteifung der Kartellkontrolle, die ihr nicht angenehm wäre. Die mechanische Industrie ist in Erwar-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch" veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziösen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

tung der verschärften deutschen Konkurrenz teilweise nicht frei von gewissem Unbehagen. Sie leidet augenblicklich noch unter starker Zersplitterung in zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe, denen der Anschluß an den europäischen Markt schwerfallen könnte. Die Chemie zeigt sich reserviert, besonders mit Blickrichtung auf einige Grundchemikalien, während Erdölchemie, Kunststoffe und Elektrometallurgie völlig sorglos in die europäische Zukunft blicken. In der Textilindustrie verfolgt man die Entwicklung mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Wolle und Wirkwaren bereiten sich auf eine Exportausweitung vor, die Baumwollfabriken denken nicht zuletzt auch an die Bedrohung ihrer Stellung in den überseeischen Gebieten.

. . . aber überwiegend Optimismus

Vielleicht am stärksten ist die Landwirtschaft am Gemeinsamen Markt interessiert, ohne daß sie deswegen ihre Konkurrenzangst bereits überwunden hätte. Für Obst und Gemüse betreffen die Bedenken Italien, für Butter und Eier Holland. Es überwiegt aber auch hier die Hoffnung mit dem deutschen Markt als Mittelpunkt. Es ist kein Geheimnis, daß Modernisierung und Ausweitung der französischen Agrarproduktion mit der Erweiterung der Absatzgebiete steht und fällt. Trotz aller demagogischer Manöver hat die französische Landwirtschaft keine andere Möglichkeit, als mit allen Kräften dem Gemeinsamen Markt zuzustreben. Diese Erkenntnis setzt sich langsam, aber sicher durch. Augenblicklich sucht man nach Mitteln und Wegen, um den Absatz französischer Agrarerzeugnisse in Deutschland organisch zu fördern, nicht zuletzt durch die Verbilligung des Zwischenhandels. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind daher eifrig darum bemüht, direkte Kontakte mit deutschen Konsumgenossenschaften oder Lebensmittelfilial-Gesellschaften herzustellen.

Abschließend sei erwähnt, daß sich die französische Bereitschaft zum Gemeinsamen Markt keineswegs auf die Freihandelszone ausdehnt. Offensichtlich möchte man das Risiko der freieren Konkurrenz nicht überspitzen und würde es sehr begrüßen, wenn vorläufig die Freihandelszone vermieden werden könnte. Daher fand die Forderung des neuen Ministerpräsidenten Bourgès-Maunoury in seiner Regierungserklärung, die Freihandelszone mit den gleichen Frankreich stützenden Garantien wie den Gemeinsamen Markt auszustatten, allgemeine Billigung. Im stillen hofft man, daß Großbritannien diese französischen Bedingungen nicht annimmt. (fr.)

ITALIEN: Trotz Bedenken vorwiegend Zustimmung

Es ist wohl nicht nur Zufall, daß die ersten Ansätze zur Schaffung des Gemeinsamen Marktes auf eine Konferenz zurückgehen, die in Messina auf italienischem Boden stattfand. Seit Kriegsende hat Italien stets die Notwendigkeit eines geeinten Europas in den Vordergrund gestellt und alle Bestrebungen unterstützt, die darauf abzielten. Alle staatlichen und privatwirtschaftlichen Gremien haben das Projekt des Gemeinsamen Marktes seit seiner Entstehung in jeder Hinsicht mit Wohlwollen und Interesse behandelt, da man in seiner Verwirklichung einen entscheidenden Schritt auf dem langen Wege zur politischen Einheit unseres Kontinents sah.

Im übrigen ist man sich einig, daß Italien durch eine europäische Staatengemeinschaft, deren Wirtschaftspolitik eine Erhöhung der Produktivität, eine Steigerung des Produktionsvolumens, eine Stabilisierung der Preise, eine Erweiterung der Absatzchancen anstrebt, nur gewinnen kann. Man verspricht sich dabei bessere Einkaufsmöglichkeiten und eine Verringerung der Handelsspannen. Aus dem verstärkten Wettbewerb, mit dem zu rechnen ist, erwartet man einen Zwang zur Modernisierung der Produktionsanlagen und zu einer Rationalisierung d Arbeitsmethoden.

Italienische Einwände . . .

Mit dieser grundsätzlichen Zustimmung ist aber nicht gesagt, daß gegen das Projekt nicht auch Einwände erhoben werden. Wie in den anderen fünf Vertragsländern beschäftigen sie sich mit der Harmonisierung der Finanzpolitik und den Fragen der Agrarpolitik. Daneben gibt es aber auch Einwände, die einen spezifisch italienischen Charakter tragen.

So werden gerade von italienischer Seite starke Bedenken gegen die Verkoppelung von Gemeinsamem Markt und Freihandelszone erhoben. Wenn auch verstanden wird, daß die Konzeption einer Freihandelszone notwendig ist, um das Interesse Großbritanniens für die Schaffung des Gemeinsamen Marktes zu gewinnen, so fürchtet man, daß durch die Errichtung der Freihandelszone den Nichtmitgliedstaaten (vor allem England) eine Vorzugsstellung gegenüber den Vertragsstaaten eingeräumt wird, die diese zwingt, eine eindeutige „Verteidigungsstellung" zu beziehen. Dadurch könnte aber die Wirtschaftsgemeinschaft des Gemeinsamen Marktes überhaupt gesprengt werden, denn automatisch würden dadurch für die Vertragsstaaten, insbesondere für Italien, eine Reihe von Vorteilen verlorengehen, die man sich vom Gemeinsamen Markt erhofft hatte.

Viele Italiener finden es auch nicht richtig, daß die frühere Kolonie Somaliland nicht in den Gemeinsamen Markt einbezogen werden soll. Sie sehen darin, besonders hinsichtlich der Bananeneinfuhr, eine einseitige Bevorzugung der französischen Kolonien, die zollfrei einführen können.

Natürlich melden auch einige Wirtschaftszweige Bedenken an. So ist die Landwirtschaft besonders enttäuscht, daß die landwirtschaftlichen Produkte zu einem so großen Teil ausgeklammert worden sind. Italien hatte gerade gehofft, sich über den Gemeinsamen Markt für seine Agrarerzeugnisse, vor allem für seine „Ortofrutticoli", aber auch für Reis, Hanf und seinen Wein einen durch Zollschranken unbehinderten Absatzmarkt sichern zu können.

Auch einige Industriezweige sehen der Zukunft mit Beklemmung entgegen. So behaupten die chemische und die elektrotechnische Industrie, daß ihre Konkurrenten in den anderen Ländern in weit größerem Maße als sie selbst gefördert würden. Außerdem ist die chemische Produktion einer staatlichen Preispolitik unterworfen, die für bestimmte Waren die Preise künstlich tief hält. Der Maschinen- und Apparatebau, aber auch die Industrie für optische Geräte und Präzisionsinstrumente fürchten vor allem die deutsche Konkurrenz. Die Werften machen darauf aufmerksam, daß der Schiffbau in Frankreich innerhalb der letzten 8 Jahre Subventionen im Gegenwert von 216 Mrd. Lire erhalten habe, während den italienischen Werften in den vergangenen 10 Jahren knapp 75 Mrd. Lire an öffentlichen Mitteln zugeflossen sind.

Die Energiewirtschaft steht den Problemen des Gemeinsamen Marktes verhältnismäßig neutral gegenüber, während man sich stets gegen die Schaffung eines überstaatlichen Marktes auf dem Energiesektor (Weißer Pool) ausgesprochen hat. Das hat vor allem seinen Grund darin, daß jedem zwischenstaatlichen Energieaustausch durch die hohen Transportverluste, den die Elektrizitätsübertragung auf lange Strecken bedingt, enge Grenzen gesetzt sind. Für diese beschränkten Möglichkeiten (für Italien stellt sich der internationale Energieaustausch auf nur 3% des Inlandsverbrauchs) dürften die gegenwärtigen Organisationsformen voll ausreichen und Eingriffe von staatlicher Seite unnötig machen.

Wir haben hier nur einige Bedenken von verschiedenen Industriezweigen erwähnt. Im allgemeinen sind die Reaktionen sehr unterschiedlich, aber man kann feststellen, daß die positiven Stimmen überwiegen. So verspricht sich besonders die Obst- und Konservenindustrie eine erhebliche Verbreiterung ihres Absatzmarktes.

. . . *und italienische Hoffnungen*

So wie es spezifische italienische Bedenken gibt, gibt es aber auch spezifisch italienische Erwartungen. Ein besonderes Anliegen Italiens ist es, seinen überzähligen Arbeitskräften unbeschränkte Auswanderungsmöglichkeiten nach den anderen Ländern des Gemeinsamen Marktes zu verschaffen, um auf diese Weise der Übervölkerung im „Mezzogiorno" Herr zu werden. Leider sind die betreffenden Bestimmungen im Vertragstext so „elastisch" gefaßt, daß sich am Arbeitslosenproblem vorläufig nicht viel ändern wird. Immerhin ist mit dem Vertrag ein Ausgangspunkt geschaffen worden, der eine internationale Lösung dieses Problems, das Italien allein nicht bewältigen kann, verspricht.

Und schließlich knüpft Italien, das von jeher an chronischer Kapitalarmut gelitten hat, an den Gemeinsamen Markt die Hoffnung, daß durch ihn Investitionskapital in das Land fließt, um eine Verbesserung der prekären süditalienischen Wirtschaftslage zu ermöglichen. Diese Hoffnung ist nicht unbegründet, weil der Vertragstext die Schaffung einer Investitionsbank vorsieht, die Finanzierungsmittel für unterentwickelte Gebiete innerhalb der Vertragsstaaten übernehmen soll. In diesem Zusammenhang wird auch die Errichtung eines Fonds begrüßt, der die Berufsausbildung ungelernter Arbeiter ermöglichen soll. (G. F.)

BENELUX: Abkühlung der Europafreudigkeit der Wirtschaft

Die Beneluxländer gehören seit jeher zu den freudigsten Anhängern der wirtschaftlichen (und politischen) Einigung des Freien Europas. Nirgends hat dann auch Frankreichs Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft größere Enttäuschung zuwege gebracht. Darum unterstützte man seitdem das Zustandekommen der europäischen Einigung mittels des Gemeinsamen Marktes mit noch mehr Eifer als zuvor. Um so verwunderlicher ist es deshalb, daß die öffentliche Meinung sowohl in Belgien wie in Holland sich nun außerordentlich reserviert zeigt, nachdem den Parlamenten der sechs teilnehmenden Länder nach sich jahrelang hinziehenden Unterhandlungen endlich ein Komplex von Traktaten zur Ratifizierung vorgelegt wurde.

In Belgien zieht man gerne eine Parallele mit dem Zollverein, der im neunzehnten Jahrhundert soviel zur Einigung Deutschlands — auch in politischer Hinsicht — beitrug. Dabei legt man den Nachdruck auf die handelspolitische Bedeutung des Gemeinsamen Marktes, die auch die Beneluxverträge so stark charakterisiert. In den Niederlanden ist man hingegen der Ansicht, daß die Verflechtung der Wirtschaftsinteressen viel weiter durchgeführt werden muß, wenn Europa auch als politische Einheit wesentliche Bedeutung erlangen soll. Diese fortschrittliche und dynamische Auffassung hinsichtlich der Integration, die man auch in der Bundesrepublik vertritt, findet in Frankreich und Italien jedoch wenig Anklang. Nach niederländischem Urteil ist es diesen beiden

VEREINSBANK IN HAMBURG
ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK
ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20–30, TELEFON 341015
23 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Ländern bedauerlicherweise gelungen, dem Traktat einen konservativen und protektionistischen Stempel aufzudrücken, so daß der Gemeinsame Markt wahrscheinlich den amerikanischen Dynamismus als Triebfeder entbehren muß, obschon er gerade diesen Dynamismus benötigt, um erfolgreich zu sein.

Ausnahmeklauseln nur gegen Holland

Angesichts der vielen vorgesehenen Schutzklauseln, der Tarifkontingente, der Ursprungszertifikate usw. erhebt sich die Frage, ob der Gemeinsame Markt nicht im Zeichen des Dirigismus stehen wird, ob die Bürokratie nicht letzten Endes die Entfaltung des geschmeidigen Gemeinsamen Marktes, wofür man sich in den Beneluxländern so stark einsetzt, vereitelt. Weiter fürchtet man, daß die Bundesrepublik und Frankreich, wenn sie sich einig sind, in beinahe jeder Hinsicht ihren Willen durchsetzen können. Sind sie sich nicht einig, dann sind die übrigen Länder doch nicht mächtig genug, um die zwei Großen durch ihren Einfluß zur Zusammenarbeit zu zwingen. Allein schon aus diesem Grunde würde man es in Holland mit Freude begrüßen, wenn England sich dem Gemeinsamen Markt anschlösse, entweder ohne Vorbehalt oder auf dem Umweg über die Freihandelszone.

In Rotterdamer Hafenkreisen erwartet man, daß eine eventuelle Zunahme des Handels zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft auf Kosten des Handels mit den übrigen europäischen sowie den überseeischen Ländern gehen wird. Und gerade von diesem Handel leben die niederländische Seeschiffahrt, Seehäfen und der Transithandel hauptsächlich. Augenblicklich beträgt der niederländische Handel mit den Ländern, die sich dem Gemeinsamen Markt nicht anschließen werden, nicht weniger als 60% vom Gesamtumsatz. Aus diesem Grunde wünscht man in Holland begreiflicherweise, daß zwischen dem Gemeinsamen Markt und dem Weltmarkt eine offene Verbindung geschaffen wird.

In Industriekreisen war man davon überzeugt, daß die niederländische Wirtschaft sich wegen ihres relativ niedrigen Kostenniveaus und der Tüchtigkeit der Unternehmer und Arbeiter bei zunehmender Arbeitsteilung eine starke Position erobern könne. Jedoch nun, wo der Traktattext vorliegt, sieht man dem Ergebnis des Experimentes mit weniger Vertrauen entgegen. Man ist der Ansicht, daß das Prinzip der Arbeitsteilung auf einigen für Holland lebenswichtigen Punkten aufgegeben bzw. für unbeschränkte Zeit außer Kraft gesetzt wurde. Weder auf dem Gebiete des Verkehrswesens noch auf dem der Landwirtschaft wird Holland nämlich die Chance geboten, seine spezialisierten Erzeugnisse und Dienste auf dem ganzen Markt zu den niedrigen Preisen anzubieten, zu denen es sie liefern kann.

Für Länder wie Belgien und Holland, die arm an Rohstoffen sind, und deren Industrien hauptsächlich auf die Veredelung abgestellt sind, bedeuten die hohen Außenzölle des Gemeinsamen Marktes eine wirkliche Gefahr. Um konkurrenzfähig bleiben zu können, befürwortet man darum ein Rückerstattungssystem der Einfuhrzölle, wenn es sich um den Export nach Ländern handelt, die nicht zur Gemeinschaft gehören. Auch die von Frankreich erzwungene Harmonisierung der sozialen Maßnahmen verursacht große Sorgen. Diese Harmonisierung wird vor allem in Holland zu einer ansehnlichen Steigerung des Lohnfaktors führen, während man eine entsprechende Steigerung der Produktivität nicht für möglich hält. Deshalb will man es hier nicht dabei bewenden lassen, daß Hollands Position als Exportland zufolge der durch die Harmonisierung der sozialen Maßnahmen steigenden Produktionskosten geschwächt wird, während Frankreich, dem man diese Kostenerhöhung zu verdanken hat, auch weiterhin seine Position als Exportland mit Ausfuhrsubventionen aufrechterhalten darf.

Benelux-Industrie unzufrieden

Die Metallindustrie — Hollands größter Gewerbezweig — lehnt den Vertragsentwurf radikal ab, weil sie davon das Scheitern aller Industrialisierungspläne erwartet. Man fürchtet die Konkurrenz des mächtigen Ruhrgebietes und sieht kaum eine Möglichkeit, den Export nach den europäischen Ländern zu vergrößern. Holland befindet sich in der besonderen Lage, daß es bis zum Jahre 1970 eine Million Menschen mehr in den Arbeitsprozeß einschalten muß. Während beinahe alle andern Länder sich im Vertrage Ausnahmestellungen ausbedungen haben, die es ihnen ermöglichen, sich den Vertragsbestimmungen zu entziehen, versäumte Holland es, sich gegenüber seinen Partnern auf seine besondere Lage als Land mit einer starken Bevölkerungszunahme zu berufen. Seine gerade aufgebaute Industrie kann nicht noch weiteren Hunderttausenden eine Existenz verschaffen, wenn sie auf stark erhöhtem Kostenniveau der Konkurrenz der mächtigeren Industrien der Partnerländer ausgesetzt ist.

Die niederländischen Fabrikanten sind davon überzeugt, daß das Publikum in Ländern wie der Bundesrepublik und Frankreich stets das nationale Erzeugnis bevorzugt, wenn der Preis mit dem des Auslandsproduktes übereinstimmt oder selbst etwas höher liegt. In Holland ist das Gegenteil der Fall: man hält das ausländische Erzeugnis für das beste, nur weil es von jenseits der Grenzen kommt. Das ist noch die Erbschaft aus einer reichen Vergangenheit, in der Holland in erster Linie eine seefahrende, handeltreibende Nation war.

Belgien fürchtet vor allem einen Rückschlag auf seine Automobilindustrie. Diese besteht hauptsächlich aus Assemblage-Betrieben, die große Investitionen erforderten. Baron Snoy, der Generalsekretär des belgischen Wirtschaftsministeriums, mußte den Industriellen die Zusage machen, daß nötigenfalls Einfuhrkontingente an Stelle des bestehenden Zolltarifs eingeführt werden, wenn die Partnerländer nicht bereit sind, die Interessen der belgischen Automobilindustrie zu berücksichtigen.

Die niederländische Textilindustrie (Baumwolle, Kunstseide und Leinen) fühlt sich ebenfalls bedroht. 80% ihrer Ausfuhr gehen nach Ländern außerhalb Europas,

so daß sie hinsichtlich eines erhöhten Kostenniveaus überempfindlich ist, besonders da Holland, ebenso wie Belgien in bezug auf die Automatisierung seiner Webstühle einen gewissen Rückstand aufweist. In den Beneluxländern sind nur 28% der Webstühle automatisiert, in der Bundesrepublik 35%, in Italien 40% und in Frankreich 44%. Die Gesinnung in dieser Industrie ist sehr anti-französisch, und man hat kein Vertrauen, daß es dem „Europa-Ausschuß" gelingen wird, die französischen, protektionistischen Schleichwege abzuriegeln. Auch der OEEC gelang dies nicht. Kennzeichnend ist z. B., daß es der niederländischen Bekleidungsindustrie verboten ist, ihre Erzeugnisse in Frankreich vorführen zu lassen, während in Holland beinahe ununterbrochen französische Modeschauen stattfinden.

Die Beneluxfabrikanten sind sehr damit zufrieden, daß künftig ein Diskriminierungsverbot gelten soll. Weniger glücklich ist man jedoch über die Einführung des allgemeinen Kartellverbots, das trotz der heftigen Proteste seitens der Beneluxländer beschlossen wurde. Übrigens hofft man, daß die Suppe nicht so heiß gegessen wird, wie man sie jetzt aufträgt, da schließlich noch viele Details durch Ausführungsbestimmungen geregelt werden müssen.

Holländische Landwirtschaft bedroht

Am wenigsten glücklich über den Gemeinsamen Markt fühlt sich die niederländische Landwirtschaft, die bereits mit der Integration im Rahmen der Benelux ungünstige Erfahrungen machte. Man will vermeiden, daß bei dem allmählichen Zustandekommen des Gemeinsamen Marktes die Landwirtschaft eine mehr oder weniger bleibende Ausnahmestellung einnimmt. Die Gefahren für die niederländische Landwirtschaft können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Die importierten Rohstoffe (vor allem Futtergetreide) werden teurer. Das gleiche gilt vom Kunstdünger usw.

2. Durch das erhöhte Kostenniveau wird der Export nach Ländern außerhalb der Gemeinschaft gefährdet.

3. Innerhalb der Gemeinschaft bieten sich nur geringe Expansionsmöglichkeiten.

Die Besorgnis in niederländischen Agrarkreisen steigert sich noch angesichts der Tatsache, daß Englands Freihandelszone - Liebeleien mit den sechs Ländern des Gemeinsamen Marktes sich auch durch einen strengen Vorbehalt hinsichtlich des Landwirtschaftssektors kennzeichnen. Im allgemeinen sind die Wirtschaftskreise in den Beneluxländern jedoch der Ansicht, daß England, Skandinavien und die Schweiz sowohl historisch wie wirtschaftlich zu Westeuropa gehören und daß allein schon darum ihr Anschluß an den Gemeinsamen Markt erwünscht ist, auch wenn dieser Anschluß vorläufig nur in der weniger gebundenen Form der Freihandelszone zustande kommt. In manchen — vor allem akademischen — Kreisen möchte man am liebsten eine atlantische Integration verwirklichen.

Obschon man anfänglich fürchtete, daß England die Freihandelszone als Alternative ins Spiel gebracht hätte, ist man sowohl in Brüssel wie im Haag nun davon überzeugt, daß es keineswegs die Absicht hat, die Pläne der sechs kontinentalen Länder hinsichtlich der wirtschaftlichen Integration zu torpedieren. Andererseits: England ist bekanntlich weder bereit, seine Soziallasten an das französische Niveau anzugleichen, noch, sich am Investitionsfonds zu beteiligen, der den durch stark ermäßigte Außenzölle in Schwierigkeiten geratenen Industrien (vor allem in Frankreich und Italien) helfen soll. Die Lasten könnten darum vielleicht zu schwer auf die Industrien der Bundesrepublik und der Beneluxländer drükken, wenn man zugleich den ganzen Gemeinsamen Markt schrankenlos für die britische Industrie erschließt. Das Resultat der laufenden Unterhandlungen wird darum mit Spannung erwartet. (Dr. M. H. J.)

SKANDINAVIEN: Drei Pläne stehen zur Wahl

Als der Gedanke des Gemeinsamen Marktes im Sommer 1956 gegenständlichere Formen annahm, befanden sich die Pläne zur Bildung einer Nordischen Zollunion in einem recht fortgeschrittenen Stadium, jedenfalls was die Klärung der technischen Fragen anbelangt. Nach langjährigen Überlegungen in Arbeitsgruppen von Wirtschaftssachverständigen waren die zahlreichen Schwierigkeiten, mit denen die Nordische Zollunion unweigerlich konfrontiert werden würde, zunächst im einzelnen festgestellt worden. Man war darüber hinaus immerhin zu einem Plan gekommen, der Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland, also ein Gebiet von 18 Mill. Einwohnern, in der Nordischen Zollunion zusammenfassen sollte. Für eine Liste von Waren, die 77% des gegenwärtigen nordischen Handelsverkehrs umfassen würde, sollten alle Zölle und anderen Handelshemmnisse zwischen den Teilnehmerländern sofort nach Inkrafttreten der Unionsverträge abgeschafft werden. Nur für gewisse Güter wurde die Ausnahmeregelung von 5- bis 10-jährigen Übergangsperioden getroffen. Von der Freihandelsliste ausgenommen wurden landwirtschaftliche Produkte und Textilwaren. Im Juli oder August dieses Jahres wird ein weiterer Bericht von Sachverständigen vorliegen, der die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Produktion behandelt, die in mehreren Wirtschaftszweigen bereits besteht, aber im Rahmen des Nordischen Planes erheblich ausgebaut werden soll.

Flaute für die Nordische Zollunion

Im Gegensatz zu den großen Fortschritten in der technischen Planung schien aber der Nordische Plan in eine politische Flaute geraten zu sein.

Inzwischen haben viele der Vorkämpfer des Nordischen Planes die Schwächen erkannt, die ihr Vorgehen im Vergleich zu dem Kurs, den die sechs Messinaländer eingeschlagen haben, aufweist: Diese Länder haben zunächst den politischen Entscheid getroffen, daß zwischen ihren Ländern alle Handelshemmnisse fallen sollten, dann erst hat man die Sachverständigen beauftragt, sich mit den technischen Einzelheiten zu befassen. In Skandinavien ist man gerade umgekehrt verfahren.

Die Debatten, die in der letzten Zeit um den Gemeinsamen Markt und um die Freihandelszone in Skandinavien geführt worden sind, können nur verstanden werden, wenn man sie vor dem Hintergrund der Nordischen Pläne sieht.

Dänemark zwischen drei Plänen

Die Diskussion über die europäischen Pläne hat in Dänemark den größten Umfang angenommen, weil seine Lage gewissermaßen die komplizierteste ist. Das politische Interesse an einer nordischen Zusammenarbeit ist in Dänemark seit je sehr groß gewesen, und man hat aus diesem politischen Interesse dem Nordischen Gedanken auch das Opfer gebracht, daß man einer Ausschließung der landwirtschaftlichen Produkte zustimmte. Andererseits findet aber auch die Zusammenarbeit in einem größeren Europa in Dänemark mehr und mehr Anhänger. Da der Gemeinsame Markt, wie bekannt, im Prinzip auch landwirtschaftliche Produkte umfaßt, fand er anfänglich besonders großes Interesse in den Kreisen der dänischen Landwirtschaft. Schon im Dezember 1956 äußerte der Präsident des Landwirtschaftsrates, Herr Pinstrup, daß „wir seitens der dänischen Landwirtschaft sehr ernsthaft und gerade jetzt der Regierung die Frage stellen müssen, ob es ausreichend ist, wenn Dänemark diese Arbeit genau beobachtet, oder ob es nicht vielmehr an der Zeit sei, daß Dänemark sich als Teilnehmer an der engen Zusammenarbeit der sechs Länder meldet. Aus den Interessen der Landwirtschaft heraus müßten wir zweifellos so früh wie möglich teilnehmen." Im Jahre 1957 haben die Vertreter der Landwirtschaft dann allerdings dem Gemeinsamen Markt gegenüber unzweideutig eine kühlere Haltung eingenommen und sich in ihren Äußerungen zurückhaltender gezeigt. In vielen anderen Wirtschaftskreisen und unter den Politikern ist aber das Interesse am Gemeinsamen Markt weiterhin sehr groß. Auf Grund seiner starken Außenhandelsverflechtung ist Dänemark seit je an der Liberalisierung des internationalen Handels interessiert. Aus den Messinaländern kamen im Jahre 1956 36% der dänischen Einfuhren, und 30% der gesamten Ausfuhr Dänemarks gingen in diese Länder; beim Agrarexport betrug der Anteil sogar 37%.

Die Bedenken, die man in Dänemark dem Gemeinsamen Markt entgegenbringt, beziehen sich hauptsächlich darauf, daß man durch die geplante enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten die innere Wirtschaftspolitik aus dem Griff verlieren könnte. Außerdem hat man gewisse Bedenken hinsichtlich des Gemeinsamen Arbeitsmarktes und der geplanten Investitionsbank. Mit Rücksicht auf die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion, die die Hauptexportprodukte des Landes stellt, glaubt man auch, daß es für Dänemark nicht möglich sein wird, den gemeinsamen Getreidezoll in Höhe von 12—15% zu akzeptieren, der vielleicht für den Gemeinsamen Markt eingeführt werden wird.

Der englische Plan einer Freihandelszone, die mit dem Gemeinsamen Markt zusammenarbeiten würde, und die mit Rücksicht auf Englands Commonwealth-Verpflichtungen und seine eigenen landwirtschaftlichen Interessen den Agrarsektor nicht mit umfassen soll, kam den Interessen Dänemarks, das sowohl auf seine englischen wie kontinentalen Exportmöglichkeiten angewiesen ist, weitgehend entgegen. England ist zwar weiterhin Dänemarks größter Abnehmer — es importiert über die Hälfte der dänischen Agrarexporte — andererseits aber beträgt der Anteil der Länder des Gemeinsamen Marktes heute schon ein Drittel der dänischen Agrarexporte, und diese Länder haben sich in letzter Zeit als ein stetig wachsender Markt erwiesen. Ganz außerhalb des Gemeinsamen Marktes zu bleiben, würde für Dänemark bedeuten,

seinen Agrarexport in dieses Gebiet völlig an Holland zu verlieren. Dänemark muß also irgendeinen Weg finden, der es ermöglicht, mit England und mit den Messinaländern auszukommen.

Bei den Verhandlungen innerhalb der OEEC und auch in direkten Verhandlungen mit England hat Dänemark natürlich alles, was in seiner Macht stand, dafür getan, um die landwirtschaftlichen Produkte in die Vereinbarungen über eine Freihandelszone mit einzubeziehen. Im Februar dieses Jahres erzielte Dänemark mit Unterstützung Schwedens, das selbst einen recht bedeutenden Agrarexport hat, zunächst den bescheidenen Erfolg, daß eine besondere Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Stellung der Agrarprodukte in dem geplanten Freihandelsgebiet eingesetzt wurde.

Im Laufe des Frühjahrs hat sich deshalb in dänischen Wirtschaftskreisen ein gewisser Optimismus in Hinblick auf die Einbeziehung der Agrarprodukte in die Freihandelszone geltend gemacht, und in gleichem Maße wurde die Einstellung gegenüber dem Messinaplan zurückhaltender. Im Falle, daß die in die Freihandelszone gesetzten Erwartungen enttäuscht werden sollten, ist aber damit zu rechnen, daß das Interesse Dänemarks für den Gemeinsamen Markt schnell wieder ins Leben zurückgerufen werden wird.

Norwegen: Freihandelszone interessanter als Nordische Union

In Norwegen stehen die maßgebenden Wirtschaftskreise, die sich der Nordischen Zollunion gegenüber sehr reserviert verhalten haben, einer Freihandelszone viel positiver gegenüber. Eine Reihe der wichtigsten norwegischen Exporte haben ihr Hauptabsatzgebiet in England und auf dem Kontinent, die skandinavischen Partnerländer sind für den norwegischen Export weit weniger bedeutend. 62% der norwegischen Exporte gehen nach den Ländern der geplanten Freihandelszone, und 69% seiner Importe stammen von dort. Von einer Mitgliedschaft in der Freihandelszone erwartet man, daß man die norwegischen Rohstoffe in veredelter Form exportieren kann, da bisher z. B. die Aluminium- und Papierindustrien in den übrigen Europäischen Ländern durch Schutzzölle gegen norwegische Konkurrenz gesichert waren. Andererseits haben natürlich Industrien wie die norwegische Textilfertigung, die nie auf sehr starken Beinen gestanden hat, Bedenken geäußert. Der Wunsch Englands, die Nahrungsmittel nicht in die Vereinbarungen über die Freihandelszone einzubeziehen, betrifft auch die norwegischen Fischprodukte, aber die Möglichkeiten für eine Änderung der Haltung Englands in diesem speziellen Punkt werden als günstig angesehen. Dem Gemeinsamen Markt bringt Norwegen schon aus politischen Gründen kein besonderes Interesse entgegen, der Handel mit den Messina-Ländern betrifft aber auch nur 26% der norwegischen Exporte und 31% der Importe.

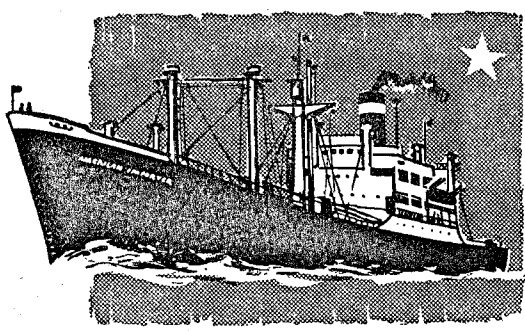
Schweden: Skeptisch interessiert

In Schweden hat man gegenüber den beiden europäischen Integrationsplänen eine skeptisch interessierte Haltung eingenommen. Sowohl die Regierung als auch der einflußreiche Oppositionspolitiker, Professor Bertil Ohlin, haben sich zugunsten der Teilnahme Schwedens an der Freihandelszone geäußert. Dasselbe haben die meisten Wirtschaftsführer getan. Man scheint jedoch in Schweden die schnelle Verwirklichung der Pläne für weniger wahrscheinlich zu halten als in den übrigen nordischen Ländern. Immerhin kann es trotz der abwartenden Haltung der Schweden keinen Zweifel darüber geben, daß dieses Land einer Freihandelszone beitreten wird; eine Teilnahme an der engeren wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit der sechs Messinaländer wird hier aber abgelehnt.

Finnland muß Skandinavien folgen

Finnland, das sich erst zu einem sehr späten Zeitpunkt als Teilnehmer an der Nordischen Zollunion anmeldete, steht auch in einem besonderen Verhältnis zu den neuen europäischen Plänen, da es nicht Mitglied der OEEC ist.

Verschiedene Wirtschaftskreise in Finnland haben aber ganz offensichtlich ein Interesse an einer Teilnahme an der europäischen Zusammenarbeit, ein noch größerer Kreis ist wegen der Folgen ängstlich, die ein Draußenbleiben haben könnte. Die Holzveredelungsindustrie sollte in der Freihandelszone einen höheren Grad der Veredelung erreichen können; auch die Metallindustrie, die einen steigenden Export aufzuweisen hat, nimmt eine positive Haltung gegenüber einer Teilnahme an der Freihandelszone ein. Für Finnland wäre es sehr nachteilig, außerhalb einer Freihandelszone zu bleiben, wenn



Frachtschnelldienste nach den USA

NACH NEW YORK, BOSTON, PHILADELPHIA, BALTIMORE UND HAMPTON ROADS

WÖCHENTLICHE ABFAHRTEN VON HAMBURG, BREMEN UND BREMERHAVEN

WEITERE DIENSTE VON DEN BENELUX-HÄFEN, ENGLAND UND FRANKREICH

SOUTH ATLANTIC LINE NACH WILMINGTON, CHARLESTON, SAVANNAH, JACKSONVILLE, PORT EVERGLADES

HAMBURG, BALLINDAMM 1, TEL. 32 16 71
BREMEN, BAHNHOFSTR. 28/30, TEL. 30 08 11-17
BREMERHAVEN, COLUMBUS-KAJE, TEL. 69 51

United States Lines

sich ihr Schweden, Norwegen und Österreich anschließen sollten, denn in diese Länder geht beinahe die Hälfte des finnischen Exports. Besonders die Holzveredelungsindustrie, deren Export zu 63% (1955) nach Westeuropa ging, würde einen großen Teil ihrer Kunden für Halbfabrikate und Fertigwaren verlieren.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für Finnlands Mitgliedschaft in der OEEC sind allerdings nach wie vor nicht gegeben, solange man die starke Regulierung des Außenhandels aufrechterhält, außerdem dürfte wohl eine Abwertung der Finnmark die notwendige Voraussetzung für eine solche Mitgliedschaft sein. (St.)

SCHWEIZ: Wir können mit Europa allein nicht leben!

Es stand für die Schweizer Regierung von vornherein fest, daß ein Beitritt zum Gemeinsamen Markt für ihr Land nicht in Frage komme, und zwar sowohl aus staatspolitischen als auch aus wirtschaftspolitischen Gründen. „Die Abtretung wichtiger eigener Souveränitätsrechte an eine überstaatliche Gemeinschaft ist mit der traditionellen schweizerischen Außenpolitik, die sich die Erhaltung der völkerrechtlichen Neutralität und der staatlichen Selbständigkeit zum obersten Ziel setzt, nicht zu vereinbaren", erklärte Bundesrat Holenstein, Chef des eidgenössischen Wirtschaftsdepartements, in einem Vortrag in Zürich am 4. April. Zudem will sich die Schweiz nicht ihrer Außenhandelsfreiheit begeben, die „eine untragbare Einschränkung der Handelsvertragsfreiheit zur Folge hätte."

Die Spaltung des Marktes . . .

Der Leiter der Außenhandelsabteilung, Minister Schaffner, hat verschiedentlich den offiziellen Standpunkt, soweit er die wirtschaftlichen Probleme betrifft, näher umschrieben. Der Hinweis kehrt öfter wieder: die Montanunionländer haben der Schweiz 1956 Waren im Werte von 2,2 Mrd. sFr abgenommen, die Überseegebiete aber für 2,4 Mrd. sFr. So bewahrheitet sich nach Schaffner der Ausspruch des verstorbenen Bundesrates Wetter immer noch: „Die Schweiz kann mit Europa allein nicht leben." Aber, so fügt Schaffner dem Zitat hinzu, mit den Überseeländern allein kann sie auch nicht leben.

Die grundsätzliche Ablehnung der Teilnahme am Gemeinsamen Markt findet die fast ungeteilte Zustimmung der öffentlichen Meinung und der Industrie. Die Spaltung des europäischen Markts und die Diskriminierung der außerhalb der sechs Länder des Messinaplans stehenden OEEC - Mitgliedstaaten durch den Außenzolltarif macht nicht alle, aber viele Wirtschaftsführer besorgt, die mit einer Verschlechterung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu rechnen haben, und zwar sowohl auf dem inneren Markt der Sechs, wie auch im eigenen Land und dazu mit einer stärkeren Konkurrenz auf Drittmärkten. So urteilt der Präsident des Direktionsausschusses der Georg Fischer AG, Schaffhausen, Dr. Schneebeli; und ähnliche Äußerungen liegen von Gebrüder Sulzer, Winterthur, vor. Die schematische Rechnung, daß das arithmetische Mittel des Zollniveaus im Gemeinsamen Markt die Gesamtlage für die Außenstehenden unverändert lassen werde, stößt auf Mißtrauen. Wird sich der aus der vorgesehenen Zollerhöhung in der Bundesrepublik und in den Beneluxländern resultierende Nachteil durch die Zollsenkungen in Frankreich und Italien kompensieren lassen? Nach Schneebeli ist diese Frage kaum zu bejahen.

Zwar haben Firmen wie Gg. Fischer oder Sulzer und erst recht Brown, Boveri & Cie. und die großen chemischen Konzerne eine Ausweichmöglichkeit, indem sie ihre bestehenden Niederlassungen innerhalb des Gemeinsamen Markts ausbauen und Produktionen aus der Mutterfirma dorthin verlagern, aber für eine Firma wie Fischer scheint dies nicht ohne Bedenken im Hinblick auf die Beschäftigung des heimischen Arbeiterstammes.

Der Vizepräsident des Verwaltungsrats der Ciba, Dr. h. c. Wilhelm, urteilt nicht so besorgt, vermutlich, weil die Expansion der Niederlassungen auf Schweizer Boden hinsichtlich der Beschaffung von Arbeitskräften auf bestimmte Grenzen stößt. Für die Uhrenindustrie wird es nach Ansicht des Präsidenten der Uhrenkammer, Primault, ein Indiz für die protektionistische oder liberale Außenhandelspolitik im Gemeinsamen Markt sein, ob jetzt Frankreich endlich die Kontingentspolitik für Uhren aufhebt. In der Textilindustrie halten sich je nach Branche Hoffnungen auf Zollsenkungen und Befürchtungen vor Kostensenkungen innerhalb des Gemeinsamen Markts etwa die Waage. Die Hoffnungen richten sich auf das Endziel des allgemeinen Zollabbaus, der der Schweizer Qualitätsproduktion gute Aussichten verspricht.

. . . kann durch die Freihandelszone gemildert werden

Minister Schaffner hat zu Jahresbeginn die Hoffnung ausgesprochen, die Diskriminierungsgefahr möchte durch neue Zusammenarbeitsformen in der OEEC ausgeschaltet werden. „Dieser für die Zukunft Europas entscheidende Versuch wird zur Zeit, gestützt auf eine glückliche Initiative des Generalsekretärs der OEEC, M. Sergent, von England unternommen: die Errichtung einer Freihandelszone."

Am 30. April hat der Delegierte für Zollverhandlungen, F. Halm, in einem Vortrag in Zürich die Bedingungen genannt, die die Schweiz für ihren Beitritt zur Freihandelszone fordern müßte: 1. Der Vertrag selbst muß die Regeln, die für die Freihandelszone zur Anwendung gelangen sollen, möglichst vollständig enthalten und möglichst wenig Spielraum für Entscheide eines internationalen Organs lassen. 2. Zollansätze von 10% und darunter sollen für die ersten 8 Jahre von der Zollsenkung ausgenommen bleiben. 3. Für die Schweiz hat der neue, noch in Kraft zu setzende Zolltarif zur Anwendung zu gelangen. 4. Die Schweiz muß sich gegen ungerechtfertigte, zahlungsbilanzmäßig bedingte Einfuhrbeschränkungen zur

Wehr setzen können. 5. Es muß eine vernünftige Regelung der Währungsfragen vorgesehen sein.

Hinsichtlich der Ausweichklauseln hatte schon Bundesrat Holenstein eine klare Ordnung gefordert. Die anfängliche Hoffnung auf die mildernde Ausgleichsfunktion der Freihandelszone gegenüber dem Gemeinsamen Markt hat sich später wohl nicht nur in der Schweiz, sondern ziemlich allgemein verflüchtigt. Die Sachverständigenverhandlungen in Paris im Mai müssen ernüchternd gewirkt haben, als man sich der unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten bewußt wurde, die sich der Errichtung eines Kontrollsystems für den Warenfluß im Innenverkehr der Freihandelszone mit ihren unterschiedlichen Zolltarifen entgegenstellen. So hat man sich damit abzufinden, daß die Freihandelszone zunächst in ihrem embryonalen Zustand verbleibt. Sollten die römischen Verträge glücklich in den Hafen der Ratifizierung einlaufen, wird das den Bemühungen um die Freihandelszone vermutlich neuen Auftrieb geben.

Zuerst Währungsfragen bereinigen!

Die schweizerische Kritik an den Messinaplänen betrifft besonders die folgenden Punkte: Die Elastizität der Formulierungen wird nicht als Vorzug, sondern als Nachteil bewertet. Das Versteckspiel mit Währungs- und Finanzfragen wird rundweg verurteilt. Die Schweizer Kritiker fühlen sich zu ihrer Genugtuung durch einen überzeugten Anhänger des Gemeinsamen Marktes, Prof. Fernand Baudhuin von der Universität Löwen, bestärkt, der in einem Vortrag in Zürich überzeugend nachwies, daß die Benelux-Union erst anfing zu funktionieren, als die Niederlande ihre Währung in Ordnung gebracht hatten. Setzen sich die Kräfte durch, die stabile Preise und einen stabilen Geldwert in Europa anstreben, so mögen sich in der Tat viele Probleme von selber lösen, wie Prof. Baudhuin meint.

Im Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, wird wohlwollend die Gefahr für abwendbar erklärt, daß die Außenhandelshemmnisse Europas einfach von den Innengrenzen an die Außengrenzen verschoben werden. Minister Schaffner sieht in der starken Passivität der Schweizer Handelsbilanz eine gute Vertragswaffe zur Bekämpfung der Diskriminierung.

Vielleicht hat Prof. Baudhuin recht, wenn er die Hoffnung ausspricht, alles würde in einem helleren Licht erscheinen, sobald Frankreich zwei Voraussetzungen erfüllt hat: daß es 1. für Nordafrika eine brauchbare Regelung findet und daß 2. die französische Industrie das Selbstvertrauen zurückgewinnt, ohne Krücken auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu sein. Dann würde die Währungs- und Finanzlage des reichen Landes und armen Staates sehr rasch gesunden. Die Schweiz bleibt ein aufmerksamer, vorerst skeptischer Beobachter. (H. F.)

ÖSTERREICH: Von der Entwicklung überrumpelt

Am 29. Jänner 1957 beschloß der österreichische Ministerrat einstimmig, sich den Bestrebungen zur Integration Europas anzuschließen, und begründete dies wie folgt: „Da Österreich ungefähr zwei Drittel seines Außenhandels mit der projektierten Zollunion sowie den für die Freihandelszone in Betracht kommenden Staaten abwickelt, erscheint es vom wirtschaftlichen Standpunkt nicht vertretbar, sich auszuschließen . . . Würde sich Österreich dem Gemeinsamen Europäischen Markt für den Fall seiner Verwirklichung nicht anschließen, so hätte dies eine bedeutende Verschlechterung seiner Wettbewerbsbedingungen zur Folge, da Österreich im Gegensatz zu seinen integrierten europäischen Konkurrenten Zoll- und Kontingentmauern zu überwinden hätte und dadurch der Vorteile eines Marktes von 250 Millionen Menschen beraubt wäre."

Integration und Neutralität

Ohne Zögern hat die österreichische Regierung damit den Schluß aus dem wiederholt abgegebenen Bekenntnis zur westlichen Welt gezogen, was angesichts der Neutralitätserklärung und wirtschaftspolitischer Bedenken gar nicht so selbstverständlich war. Aber die Ereignisse in Ungarn hatten die Bande der Solidarität mit dem Westen verstärkt, wenngleich sie neuerlich die Stimmung gegen den Eintritt in die Montanunion verstärkten. Fürchtete man doch, daß ein Anschluß an die Luxemburger Organisation von den Russen als eine Gefährdung der Neutralität aufgefaßt werden könnte. Verschiedene eingehende Untersuchungen haben allerdings gezeigt, daß die Russen dann keine Einwendungen erheben könnten, wenn Österreich im Rahmen der Montanunion seine Neutralitätspflichten wahrt. Entsprechende Bestimmungen im Assoziationsvertrag und in einem noch zu schaffenden österreichischen Neutralitätsgesetz hätten wohl alle Bedenken beseitigt.

Dem Beitritt zur Montanunion widersetzten sich vor allem sozialistische Kreise. Das ist eine auffallende Erscheinung, denn die Sozialisten haben bei weitem mehr als die ÖVP, deren ältere Führer sich noch des Kampfes um die Eigenständigkeit Österreichs unter der autoritären Regierung von 1938 erinnern, — oder wenigstens lauter — den Europagedanken proklamiert. Diese Zurückhaltung der Montanunion gegenüber entspringt in erster Linie der sozialistischen Solidarität mit den verstaatlichten Betrieben, obwohl deren Ministerium seit den letzten Nationalratswahlen nicht mehr in sozialistischen Händen liegt. Auch die Vorstellung, daß die ungenügenden österreichischen Stahlpreise in der Montanunion um etwa 15% anziehen würden, spielt mit herein.

Der Dirigismus der Luxemburger Hohen Behörde, in anderen Ländern von der Privatwirtschaft mit scheelen Augen betrachtet, ist den österreichischen Sozialisten ebenfalls verdächtig, da er sich nicht mit ihren innerpolitischen Vorstellungen vereinbaren läßt. Da aber die österreichische Eisen- und Stahlindustrie zur Sicherung ihrer

Exporte den Beitritt zur Montanunion propagiert, hätte die Regierung sich ihm schwerlich widersetzen können, wenn sie nicht den Ausweg in die Freihandelszone gefunden hätte.

Zollunion oder Freihandelszone

Die Erklärung des Wiener Ministerrates läßt noch durchaus offen, welchem System sich Österreich anschließen wird — der Zollunion (das hieße eine Stufe weitergehen als zu dem bisher von Österreich abgelehnten Gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl) oder der Zollfreizone. Inzwischen hat man sich aber immer mehr auf die Freihandelszone eingestellt, um so mehr, als auch die Schweiz eine ähnliche Politik verfolgt. In der öffentlichen Diskussion werden aber die Begriffe Freihandelszone, Zollunion und Montanunion noch nicht streng geschieden. Man hat dadurch immerhin einen gewissen Spielraum, falls die Freihandelszone durch die Haltung Englands und Skandinaviens nicht die erhoffte Entwicklung nehmen sollte. Würden im westlichen Europa nur mehr Österreich und die Schweiz außerhalb der Zollunion stehen — die Schweiz hätte eine wesentlich stärkere Stellung als Österreich —, dann wäre es fraglich, ob man Österreich jene Sonderstellung zuerkennen würde, die jetzt für England und damit für die anderen Länder der Freihandelszone vorgesehen ist. Angesichts des hohen Osthandelsanteils Österreichs würde jedenfalls sein Beitritt zur Zollunion schwieriger durchzuführen sein als seine Eingliederung in die Freihandelszone, die eine autonome Handelspolitik mit Drittländern zuläßt. Daß Österreich dem integrierten Europa angehören muß, zeigt seine starke Außenhandelsverflechtung mit Westeuropa, die von dort aus gesehen allerdings nur 3% des westeuropäischen Außenhandelsumsatzes ausmacht.

Während also Österreich den Westen nicht entbehren kann, wenn es nicht seinen Handel durch Zollmauern gefährden und seinen Lebensstandard senken will, ist Österreich für den Westen von nicht allzu großer Bedeutung.

Sonderstellung Österreichs?

Die Entwicklung hat Österreich überrumpelt. Zu spät gewahrten die Interessenvertreter, daß die europäische Integration, zu der man sich mehr aus Mode, denn kraft Einsicht oder Überzeugung bekannt hatte, unaufhaltsam die protektionistischen Schranken niederwalzen werde, die Österreich umgeben. Diese Erkenntnis löste einen Schock aus, der noch viel weiter ging als seinerzeit bei der Liberalisierung, die man verzögern und doch für 10% (und natürlich für die Agrarprodukte) aufrechterhalten konnte. Erst nachträglich meldeten die Kammern 13 Gründe an, die eine „Sonderstellung"

Österreichs begründen sollten, und folgerten daraus die Notwendigkeit von 15 Sondermaßnahmen zugunsten Österreichs seitens der künftigen Integrationspartner. Dazu stellte man 21 Forderungen an die österreichische Wirtschaftspolitik auf, die noch am ehesten Aussicht haben, im autonomen Bereich Österreichs verwirklicht zu werden. Untersucht man die Forderungen und ihre Begründung, so können wohl nur wenige einer strengen Prüfung standhalten. Die meisten könnten mit gleicher Berechtigung von anderen Staaten auch gestellt werden. Die Schwäche des Kapitalmarktes ist international. Lasten des Staatsvertrages werden durch höhere Rüstungsausgaben anderer Länder mehr als ausgeglichen, die verhältnismäßige Kleinheit der österreichischen Betriebe erleichtert eher die Umstellung statt sie zu erschweren usw.

Aber es bleibt noch einiges übrig, was wirklich ernstlich bedacht werden sollte, darunter vor allem die weite Entfernung Österreichs von den Seehäfen und überhaupt seine periphere Lage im künftigen Gemeinsamen Markt. Verkehrspolitik und Verkehrserleichterungen sollen daher in Österreich ganz besonders unter die Lupe genommen werden. Und ebenso würde es Österreich schwer treffen, wenn zwar ein Investitionsfonds für den Gemeinsamen Markt, aber nicht für die Freihandelszone geschaffen würde und wenn Österreich, obwohl dem Mittelmeer nahe, nicht an den großen Erschließungsprojekten der französischen Überseegebiete teilnehmen könnte.

Es geht um die Ausgangsbasis

Die Diskussion um die Freihandelszone wird zu einem ganzen Bukett von Forderungen an die eigene Regierung benützt — die wichtigste, die Bewertungsfreiheit zur Investitionsförderung, wurde bereits bewilligt — und zu mehr oder minder frommen Wünschen an die Adresse der künftigen Partner. Am ehesten könnten sie Österreich noch eine verlängerte Übergangsfrist oder eine Stillhaltefrist zuerkennen, weil dadurch die grundsätzlichen Beschlüsse über die Integration Europas nicht verändert würden. Wer aber die Schwierigkeiten verfolgt, die schon unter den Großen Europas bis zur heutigen Formulierung der Verträge überwunden werden mußten, der zweifelt, ob sie Österreich aus grundsätzlichen Erwägungen eine solche Sonderstellung einräumen wollen.

Im übrigen werden aber erst im Gemeinsamen Markt die großen Investitionen der deutschen Besatzungszeit zum Tragen kommen, die für Österreich weitaus überdimensioniert und für einen Großraum bestimmt waren. Die durch ERP-Mittel weiter geförderte und ausgebaute Schwerindustrie geht daher einer neuen Blüte entgegen. Die verarbeitende Industrie wird aber wohl besser fahren, wenn sie sich nicht so sehr auf Großserien als vielmehr auf Spezialfertigungen vorbereitet. Zum Hauptproblem werden aber außer der mangelnden Kapitalausstattung die subventionierten Preise Österreichs, die mit den Mieten beginnen, im integrierten Europa nicht mehr aufrechterhalten werden können. Ihre Beseitigung ist daher das wichtigste wirtschaftspolitische Problem der nächsten Zeit. (ly.)

ENGLAND: „Wir dürfen nicht abseits stehen!"

Der Aufschub weiterer Verhandlungen über die Freihandelszone bis zum Herbst wird in England bedauert, aber angesichts der spärlichen Ergebnisse der Arbeitsgruppen als unvermeidlich hingenommen. Man sprach euphemistisch von einer Atempause und erhoffte sich von der Commonwealth-Konferenz auf höchster Ebene eine Klärung des Zwiespalts zwischen Empire-Präferenz und Freihandel in Westeuropa. Was auch immer bei dieser Konferenz herausgekommen sein mag, die andern strittigen Fragen werden durch die Vertagung keineswegs vereinfacht. Die Verzögerung hat daher gerade in denjenigen britischen Kreisen Verdacht und Verdruß erregt, die einer europäischen Zusammenarbeit jeglicher Art aufgeschlossen gegenüberstehen. Auch sie haben das unangenehme Gefühl, daß die „Sechs" den Gemeinsamen Markt erst unter Dach bringen wollen — und das mag nicht so schnell geschehen — um dann die noch außenstehenden Staaten Westeuropas vor die Wahl zu stellen, entweder ganz und gar draußen zu bleiben oder die eigenen Interessen weitgehend dem Vertrag von Rom unterzuordnen.

Für Wettbewerb wohl gerüstet

„Die weitaus größte Gefahr besteht darin, daß die große europäische Einheit zustande kommt und wir nichts dazu tun und draußen bleiben", sagte Mr. MacMillan im Mai und denken mit ihm weiter die meisten englischen Wirtschaftsführer. Das bedeutet aber nicht, daß man sich in England vor der kontinentalen Konkurrenz oder dem Ausschluß vom Gemeinsamen Markt fürchtet. Landwirtschaft und Gewerkschaften halten ihre Bedenken aufrecht — die Gewerkschaften mehr des Prinzips willen, als daß sie die Vollbeschäftigung ernstlich in Gefahr sehen. Die Industrie dagegen bleibt optimistisch; die jüngsten Außenhandelszahlen und auf amtliches Anraten in verschiedenen Produktionszweigen angestellte Untersuchungen zeigen, daß auch nach den Lohnerhöhungen der letzten Jahre britische Industriewaren in der Weltwirtschaft voll konkurrenzfähig sind. Niedrigere Löhne in einigen europäischen Ländern werden durch höhere Sozialabgaben wettgemacht; soweit kontinentale Produzenten billigere Rohstoffe besitzen, stehen ihnen allgemein günstigere Standorts- und Transportbedingungen in Großbritannien gegenüber; und die britische Industrie besitzt auch manche kommerzielle, finanzielle und administrative Vorteile. Außerdem glaubt man in London, daß innerhalb des Gemeinsamen Markts Kosten und Preise zu dem höheren französischen Niveau hin tendieren werden, wenn er nicht durch eine Freihandelszone ergänzt wird.

Expansion und Zusammenarbeit

Fühlt sich also England wettbewerbsmäßig einem Gemeinsamen Markt — mit oder ohne Freihandelszone — ebenbürtig, so würde seine Abkapselung von der übrigen westlichen Welt durch hohe Schutzzölle zweifellos für alle Beteiligten schwere Nachteile bedingen. Diese Gefahr wird in London heute ernster genommen als vor einigen Monaten. Deshalb Sir Gladwyn Jebbs' Warnung vor einer Spaltung zwischen den „Sechs" und dem restlichen Westeuropa und Sir David Eccles' Mahnung, daß England am Gemeinsamen Markt teilnehmen und ihn liberalisieren muß, weil ihn sonst die Deutschen beherrschen würden. Beide Erklärungen spiegeln weit verbreitete Ansichten wider und zeigen, wie sehr sich die Debatte von der wirtschaftlichen auf die politische Ebene verlagert hat. In gleichem Maß hat sich das Interesse englischer Wirtschaftskreise verringert. Von ihrem Standpunkt aus besteht der große Anreiz einer engeren Bindung an das kontinentale Westeuropa in der Möglichkeit, durch Schaffung eines großen Wirtschaftsraums mit relativ hohem Lebensstandard eine wirklich freie Handelsentwicklung in Gang zu setzen. Eine großzügige Konsumexpansion innerhalb des Gemeinsamen Markts und der Freihandelszone und rückhaltlose gemeinsame Betätigung auf Gebieten, die nationale Kapazitäten übersteigen, insbesondere auch bei der Entwicklung rückständiger Überseeländer, sind für sie das Ziel und die Triebkraft europäischer Zusammenarbeit.

Würde der Gemeinsame Markt dagegen in ein Schutzzollsystem degenerieren und seine Verbindung mit einer Freihandelszone nicht zustande kommen, so wäre Großbritannien unweigerlich zu einer Forcierung seiner anderweitigen Handelsinteressen gezwungen, insbesondere mit dem überseeischen Commonwealth und mit den Ländern Westeuropas, die außerhalb des Gemeinsamen Markts bleiben und übrigens im britischen Außenhandel keine geringere Rolle spielen als die Unterzeichner des Vertrags von Rom. Eine solche Lösung erscheint nicht nur den Empire-Enthusiasten, sondern als zweite Wahl auch denen durchaus annehmbar, die die Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Markt nur als Zwischenstation auf dem Wege zu einer breiteren und freieren Form westeuropäischer Zusammenarbeit betrachten. Sie verweisen auf die Erfahrung mit der Europäischen Kohlen- und Stahl-Gemeinschaft, die den innerkontinentalen Handel auf ihrem Gebiet befruchtet hat, ohne die britische Stahlindustrie zu schädigen, und mit ihr offensichtlich auf gutem Fuß stehen will. Sowohl auf diesem wie auf anderen Gebieten — man denkt an Euratom und gewisse große Konstruktionsvorhaben außerhalb Europas — wäre eine britisch-kontinentale Zusammenarbeit in beschränktem Umfang auch ohne neue Organisationen durchaus denkbar.

Schwierigkeiten im Commonwealth

Daß solche Gedanken überhaupt Erwägung finden, deutet an, wie die Enttäuschung über den langsamen Fortgang der Verhandlungen zu einem bedeutenden Stimmungsumschwung führt. Die britische Regierung bleibt bei ihrer grundsätzlichen Einstellung: England darf nicht abseits stehen. Aber man setzt jetzt hinzu: Von England dürfen keine übermäßigen Konzessionen erwartet werden. Der

Zollschutz der englischen Landwirtschaft ist schließlich nicht höher als der für den Gemeinsamen Markt vorgesehen. Der Handel mit dem Commonwealth ist nicht frei von Schwierigkeiten. Man klagt über Kanadas wachsenden Protektionismus, die periodischen Handelsbilanzschwierigkeiten Australiens, den Opportunismus der indischen Wirtschaftspolitik, die Hintertür zum englischen Markt durch gewisse östliche Kolonien, den Preisdruck billiger südasiatischer Textilien, die Attraktion von Dollarwaren für viele Commonwealth-Länder und vor allem den unersättlichen Kapitalbedarf aller Überseeländer. Manche dieser Probleme ließen sich vielleicht leichter lösen, wäre England Teil einer europäischen Freihandelsgemeinschaft. Einstweilen aber — und das haben die letzten Monate klarer gemacht — stellt der Dualismus der britischen Bindungen gegenüber dem Commonwealth und der handelspolitischen Beziehungen mit Kontinentaleuropa ein Problem dar, das nur mit dem guten Willen aller gelöst werden kann. (G. A.)

Interessenten zerreden eine Idee

Wenn es auf der einen Seite ein Segen der Demokratie ist, daß politische Umgestaltungen und wirtschaftspolitische Projekte vor ihrer Verwirklichung das Fegefeuer einer öffentlichen Diskussion bestehen müssen, so ist es andererseits bedauerlich, wenn man beobachten muß, wie große Ideen im Aushandeln zwischen Interessenten, die sie nur mit dem Maßstab des eigenen Nutzens und der eigenen Sicherheit messen, ihren Schwung verlieren. Die Diskussion um den Gemeinsamen Markt scheint an einem Punkte angelangt zu sein, an dem man befürchten muß, daß die in zermürbendem Kampf der Interessen ausgehandelten Kompromißlösungen den Gesamtnutzen der großen Konzeption weitgehend zunichte machen.

Neben den eingeschworenen Nationalwirtschaftlern und den handelspolitischen Dogmatikern steht die große Gruppe der Branchenorganisationen, die je nach der Interessenlage ihres Wirtschaftszweiges in den sechs verschiedenen Ländern unterschiedliche Forderungen anmelden. Kein Wunder, daß in diesem Kampf aller gegen alle die Idealisten müde geworden sind. Nur Politiker von ganz großem Format können die Großzügigkeit der urprünglichen Idee wieder herstellen — oder vielleicht der wirtschaftliche Druck einer sich ankündigenden Depression, die wir nicht erhoffen wollen.

In der Auseinandersetzung der Interessenten hat sich die anfangs gepriesene Elastizität der Vertragsklauseln in einen Fluch verwandelt. Es gibt im Grunde genommen nunmehr nichts, das nicht umgestoßen werden könnte.

Die enorme Ausweitung des Absatzgebietes, die Hebung des Wohlstandes und die Rationalisierung des Produktionsapparates, die der Gemeinsame Markt verheißt, sollten die eigennützigen Bedenken einzelner Wirtschaftszweige ausräumen. Es wäre zweifellos besser, in einer Übergangszeit für auftretende Härtefälle Unterstützung zu gewähren, als die Schwächen eines nationalstaatlichen Wirtschaftssystems im Gemeinsamen Markt zu verewigen. Obwohl der Zusammenschluß Europas — wirtschaftlich, aber auch politisch — eine zwingende Notwendigkeit ist, haben wir bisher mit europäischen Gemeinschaftsprojekten wenig Glück gehabt. Der Schwung muß wiedergewonnen werden, bevor die Interessenten alles zerredet haben. (sk)

Dr. Herbert Marknerth, Bonn

Begriff und Funktionsweise der Freihandelszone und des Gemeinsamen Marktes

In unserer Zeit der Oberflächlichkeit und Schnellebigkeit erscheint es besonders notwendig, die in Politik und Wirtschaft auftretenden schlagwortähnlichen Bezeichnungen begrifflich präzis zu umreißen. In einem Zeitpunkt, in dem die Verwirklichung der geplanten Freihandelszone und des Gemeinsamen Marktes näherrückt, sollte man sich einen klaren Begriff von deren Wesensinhalt machen. Vorweg ist ein häufig in diesem Zusammenhang genanntes drittes Wort auszuklammern, und zwar „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft". Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist nichts anderes als die juristische Gestalt des Gemeinsamen Marktes und ihre verwaltungsmäßige Form, d. h. die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist die juristische Dachkonstruktion für die Institutionen, die unserer überbürokratisierten Moderne für die Funktion eines gemeinsamen Marktes unerläßlich scheinen.

Zur Klärung und besseren Übersichtlichkeit der wichtigsten Vertragsbestimmungen dürfte es zweckmäßig sein, sowohl beim Gemeinsamen Markt wie bei der Freihandelszone von einem Innen- und Außenverhältnis auszugehen.

Das Innenverhältnis des gemeinsamen Marktes

Die Mitgliedsländer des Gemeinsamen Marktes decken sich mit der Montanunion. Es handelt sich also um die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, die Beneluxstaaten und Italien. Grundlage des Innenverhältnisses des Gemeinsamen Marktes ist die von den Mitgliedsländern zu gründende Zollunion. Eine Zollunion bedeutet praktisch die Aufhebung der Zölle im internen Handelsverkehr der Mitgliedsländer. Der Gemeinsame Markt ist jedoch mehr als eine Zollunion. Er beinhaltet bereits von der Wortgebung her, daß bei den dem Gemeinsamen Markt angehörenden Staaten alle Beschränkungen des Handelsverkehrs aufgehoben werden. Was bedeutet das? Abgesehen von einigen Ausnahmebestimmungen wird der Gemeinsame Markt zur Folge haben: Freiheit im Warenaustausch, Freizügigkeit des Kapitalverkehrs, Freiheit der Dienstleistungen und Niederlassungsfreiheit. Begriffsnotwendig wäre dem Gemeinsamen Markt auch eine gemein-